



Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft
Maria Theresienstraße 9/8b, 1090 Wien
t: 3173127, f: 3102238; swsrs@aon.at; www.sws-rundschau.at
ZVR: 337714911

PRESSEUNTERLAGEN

der Pressekonferenz am 19.02.2010

SWS-MEINUNGSBAROMETER ZU AKTUELLEN THEMEN

EIN STIMMUNGSBILD AUS ÖSTERREICH

- * *Kanzler und Vizekanzler: Beliebtheit im Vergleich und im Zeitvergleich*
- * *Inflation: Angst oder Gelassenheit?*
- * *Vertrauen in das Bankenwesen*
- * *Staatliche Eingriffe in Pensionen abseits des ASVG-Bereichs*
- * *Privilegien: Was geht, was geht nicht?*

Referenten:

**Kommerzialrat Franz BIRK
Mag. Marc BITTNER**

Diese Presseunterlagen stehen ab dem 19.02.2010 unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/downloads.php>
im pdf.-Format zum Download zur Verfügung

Ankündigungen aktueller SWS-Pressekonferenzen finden Sie auch unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/pressekonferenz.php>
zur Verfügung!

Hintergrund:

Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) führte im Jänner 2010 eine für Österreich repräsentative Mehrthemenumfrage unter 1.095 Befragten durch (SWS- Face-to-Face Fragebogen Nr. 387). Die folgenden Ausführungen und Analysen beruhen vor allem auf diesem aktuellen Datenmaterial, ergänzt durch Vergleichsdaten früherer Umfragen der SWS.

* Kanzler und Vizekanzler: Beliebtheit im Vergleich und im Zeitverlauf

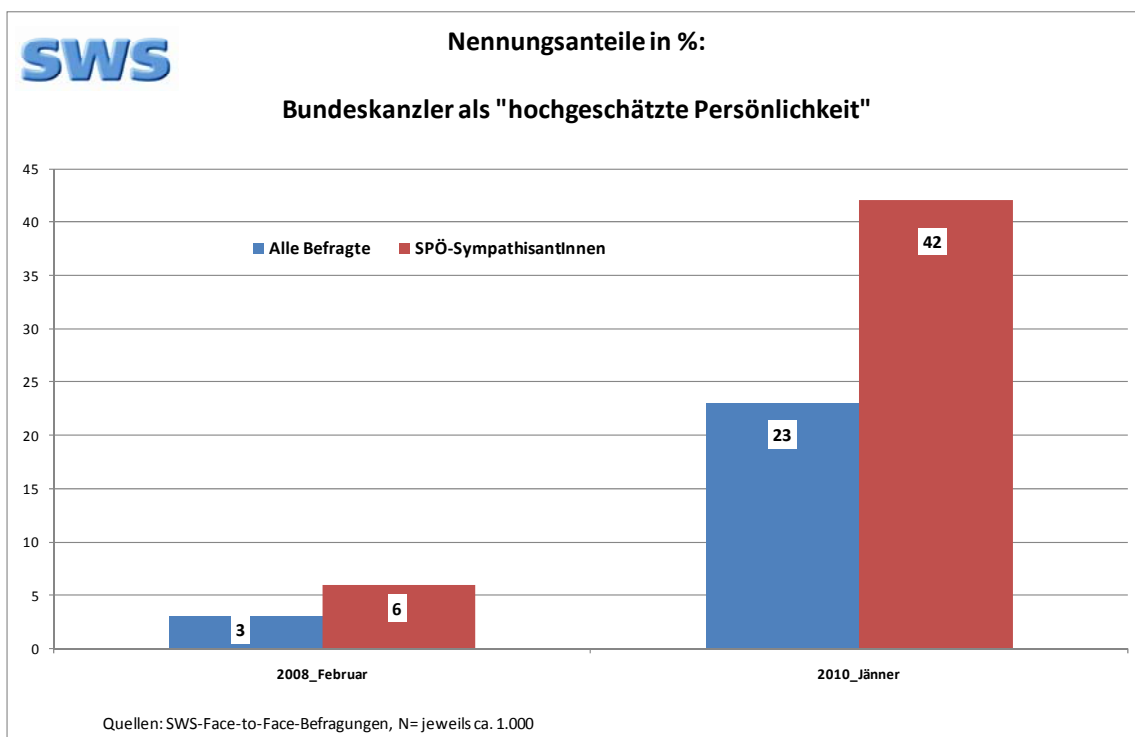
Die SWS erhebt im Rahmen ihrer Face-to-Face-Befragungen regelmäßig mittels einer offenen Frage (ohne Antwortvorgaben), welche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften die ÖsterreicherInnen hoch schätzen bzw. ablehnen – diese spontanen Nennungen bieten ein gutes Stimmungsbild zur Beliebtheit bestimmter Personen.

Betrachtet man die Ergebnisse im Zeitverlauf zu Bundeskanzler Werner Faymann (vgl. Grafik 1), wird deutlich, dass ihn zum gegenwärtigen Zeitpunkt knapp ein Viertel der ÖsterreicherInnen spontan als „hochgeschätzte Persönlichkeit“ nennen.

Betrachtet man die Gruppe der SPÖ-SympathisantInnen ist zu erkennen, dass 42% den SPÖ-Parteivorsitzenden mit einer Spontannennung bedenken.

Gestartet war Werner Faymann im Februar 2008 (seit 2007 war er als Infrastruktur-Minister tätig; davor als Mitglied der Wiener Stadtregierung) mit entsprechenden Anteilen von 3% (Gesamtbevölkerung) bzw. 6% (SPÖ-AnhängerInnen).

Grafik1:

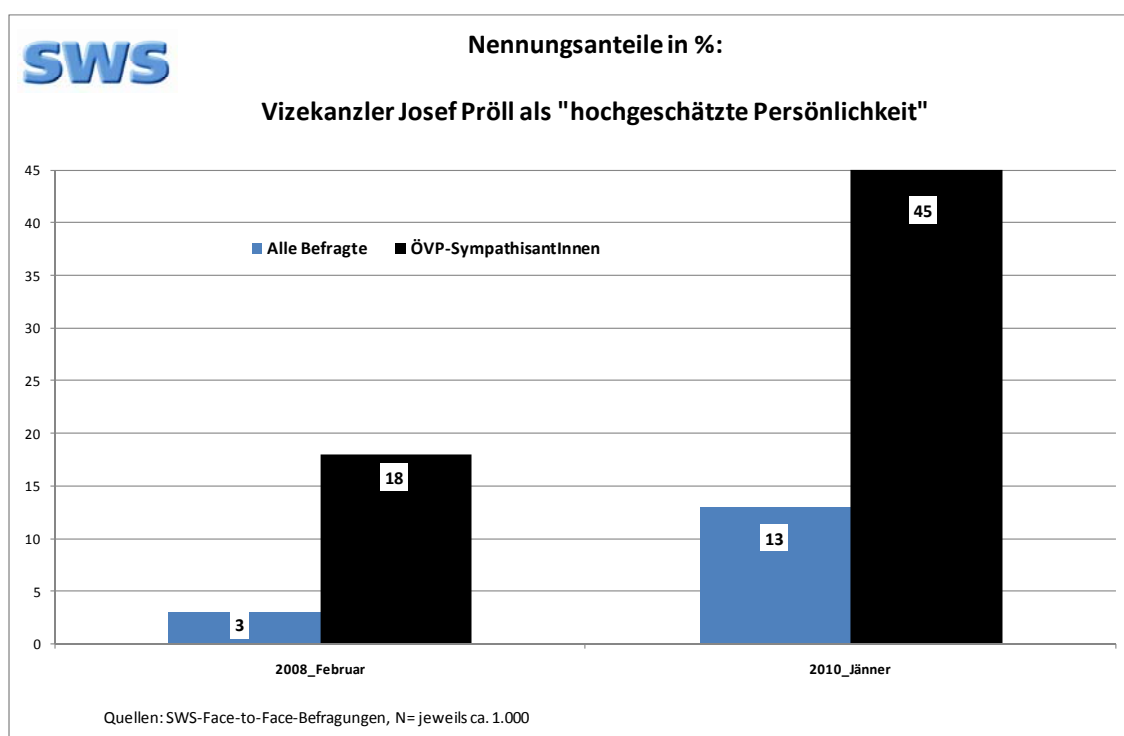


Der Anteil an Spontannennungen von Vizekanzler Josef Pröll als „hochgeschätzte Persönlichkeit“ hat sich im Vergleichszeitraum ganz ähnlich entwickelt (vgl. Grafik 2):

Betrachtet man alle Befragten, wurde Josef Pröll 2008 bereits von 18% der eigenen AnhängerInnen spontan als „hochgeschätzte Persönlichkeit“ angeführt (dies wohl aufgrund einer bereits länger anhaltenden politischen Tätigkeit auf Bundesebene als Minister) – der entsprechende Wert auf Bundesebene entsprach jenem von Werner Faymann.

Gegenwärtig schätzen ihn 13% aller ÖsterreicherInnen und 45% aller ÖVP-SympathisantInnen hoch, wodurch sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden SpitzenpolitikerInnen ergibt, was die Beliebtheit bei den eigenen AnhängerInnen betrifft.

Grafik 2:



Im Vergleich von Kanzler und Vizekanzler fällt außerdem auf, dass jene Befragte, die keine Angaben zu ihrer Parteisympathie machen wollten, zu 25% Werner Faymann als „hochgeschätzte Persönlichkeit“ nennen, aber nur zu 12% Josef Pröll. Auch bei Grün-AnhängerInnen ist Bundeskanzler Faymann doch deutlich beliebter als Vizekanzler Pröll.

Die von der Gesamtbevölkerung am häufigsten spontan genannte „hochgeschätzte Persönlichkeit“ ist wenig überraschend Bundespräsident Dr. Fischer mit einem Nennungsanteil von 35%. Relativ häufig als „hochgeschätzte Persönlichkeit“ wird zudem Minister Hundstorfer (12%) genannt.

Die Persönlichkeit, die spontan am stärksten abgelehnt wird, ist FPÖ-Obmann HC Strache (von 49% aller Befragten). Allerdings erreicht er andererseits bei seinen eigenen AnhängerInnen mit 66% den Spitzenwert als „hochgeschätzte Persönlichkeit“ (in der Gesamtbevölkerung beträgt der entsprechende Anteil aber nur 6%).

* Inflation: Angst oder Gelassenheit?

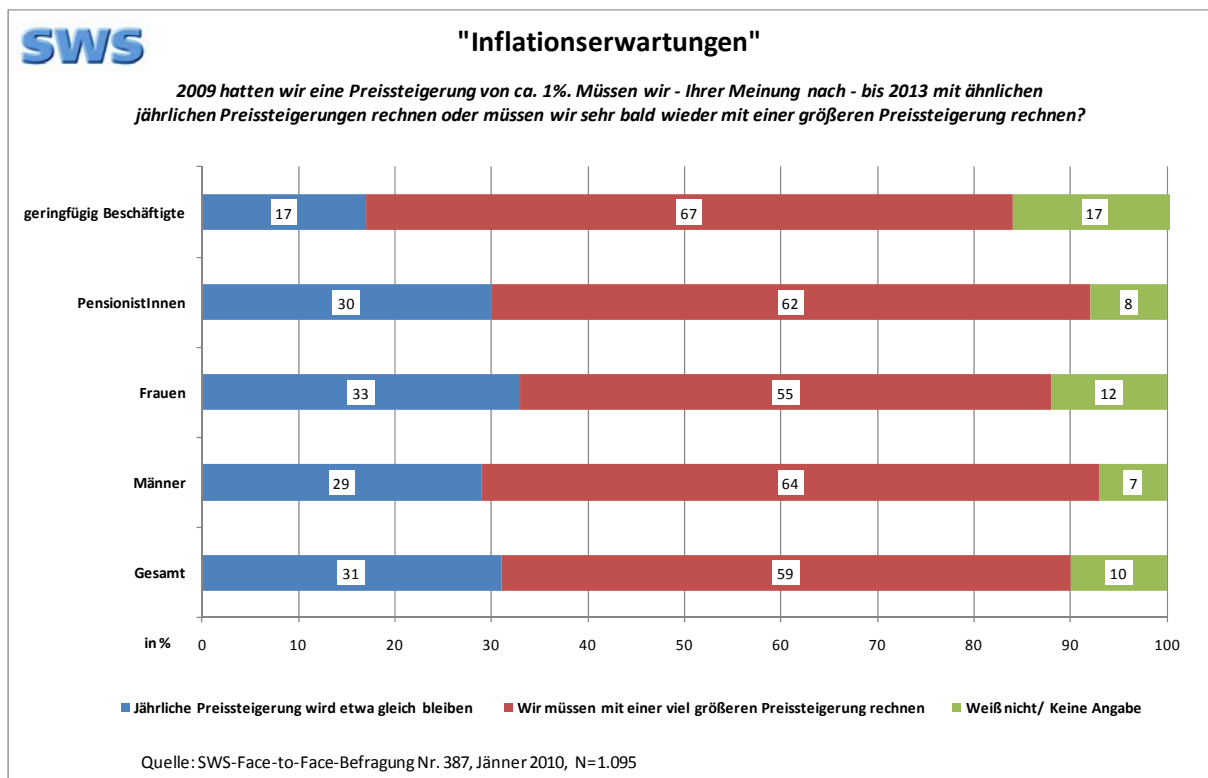
Im Rahmen der aktuellen Umfrage wurde auch der Frage nachgegangen, ob die ÖsterreicherInnen in näherer Zukunft mit Preissteigerungen rechnen:

Insgesamt gehen 31% der Befragten davon aus, dass die jährlichen Preissteigerungen in etwa das aktuelle Niveau von ca. 1% beibehalten werden, fast 60% meinen aber, dass mit viel größeren Preissteigerungen zu rechnen sein wird (vgl. Grafik 3).

Männer bzw. PensionistInnen rechnen zu leicht überdurchschnittlichen Anteilen mit höheren Preissteigerungen.

Besonders große Furcht zeigen Befragte, die derzeit geringfügig beschäftigt sind und somit ohnehin tendenziell mit eher prekären Verhältnissen zurechtkommen müssen: in dieser Gruppe würde sich eine hohe Inflation auch am dramatischsten auswirken.

ÖVP-AnhängerInnen zeigen sich bzgl. der Inflationserwartungen am gelassensten, SympathisantInnen der FPÖ am skeptischsten.



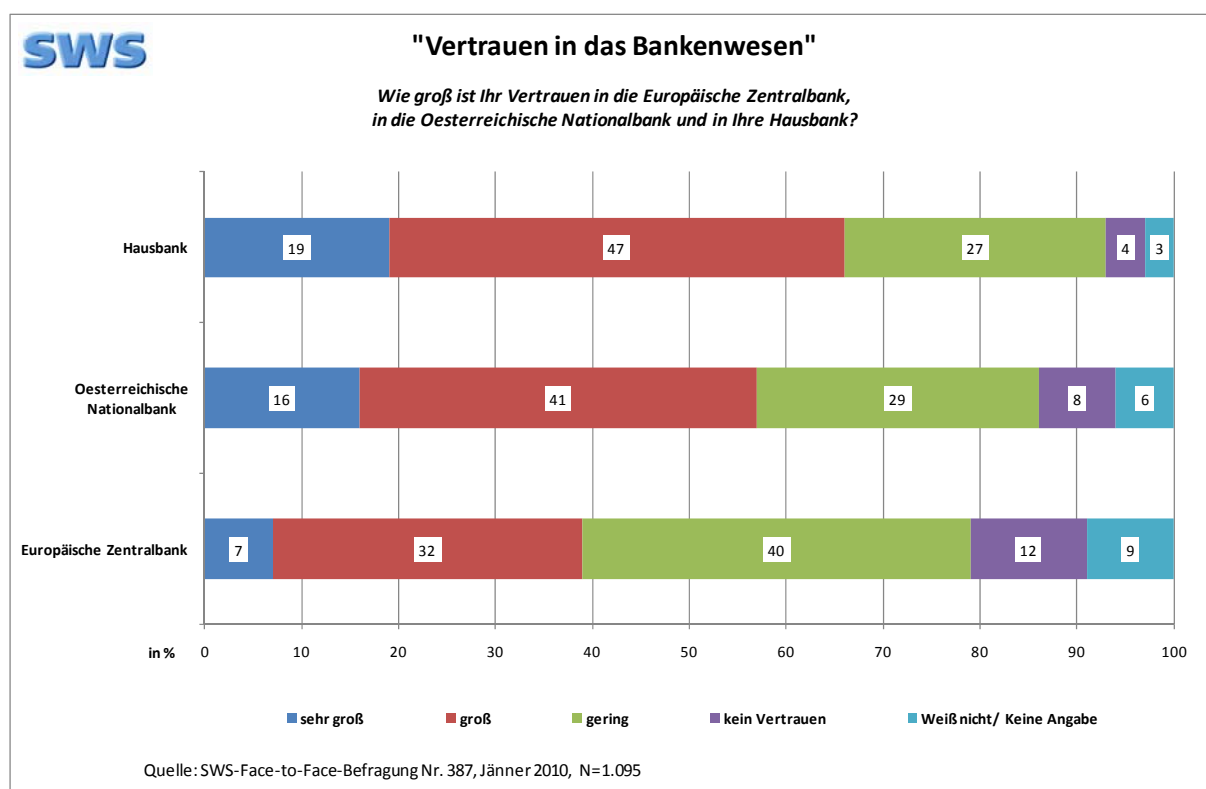
* Vertrauen in das Bankenwesen

Trotz der Bankenkrise der letzten Monate bringen die ÖsterreicherInnen ihrer „Hausbank“ doch ein großes Vertrauen entgegen: Ca. zwei Drittel zeigen ein solches Vertrauen, knapp ein Fünftel sogar ein „sehr großes“ Vertrauen (vgl. Grafik 4).

Im Vergleich dazu liegt die Oesterreichische Nationalbank hinsichtlich des Vertrauens mit 57% etwas darunter, aber noch weit vor der Europäischen Zentralbank, der nur 39% der ÖsterreicherInnen ein großes Vertrauen entgegen bringen.

Bezüglich der Beurteilung der Hausbank zeigen sich kaum Unterschiede hinsichtlich der Soziodemographie, OeNB und EZB werden aber von Männern bzw. besser gebildeten Befragten deutlich besser bewertet als vom Durchschnitt.

Grafik 4:



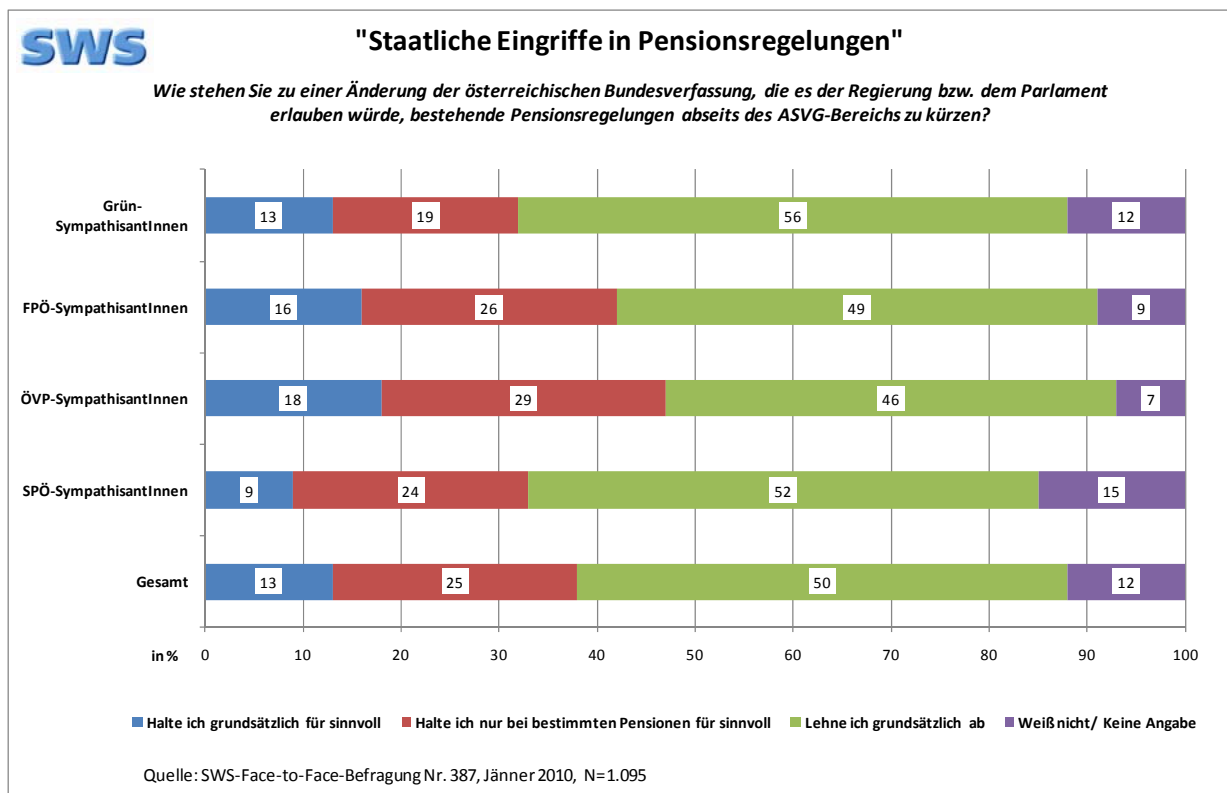
* Staatliche Eingriffe in Pensionen abseits des ASVG-Bereichs

Einen staatlichen Eingriff in bestehende Pensionsregelungen abseits des ASVG-Bereichs hält nur eine Minderheit von 13% für „grundsätzlich“ sinnvoll. Ein weiteres Viertel meint, dass ein solcher Eingriff nur bei bestimmten Pensionen sinnvoll sei (vgl. Grafik 5). Unter denjenigen Befragten, die bereits in Pension sind, hält ein überdurchschnittlicher Anteil von 29% einen Eingriff bei „bestimmten Pensionen“ für sinnvoll.

Die Hälfte der Befragten lehnt einen solchen Eingriff grundsätzlich ab, 12% machten dazu keine Angabe.

Betrachtet man die Ergebnisse zu dieser Frage aufgeschlüsselt nach aktueller Parteipräferenz, wird deutlich, dass sich AnhängerInnen der ÖVP am ehesten Pensionseingriffe vorstellen können, während SympathisantInnen der Grünen und der SPÖ dies zu sehr geringen Anteilen als „grundsätzlich sinnvoll“ erachten.

Grafik 5:

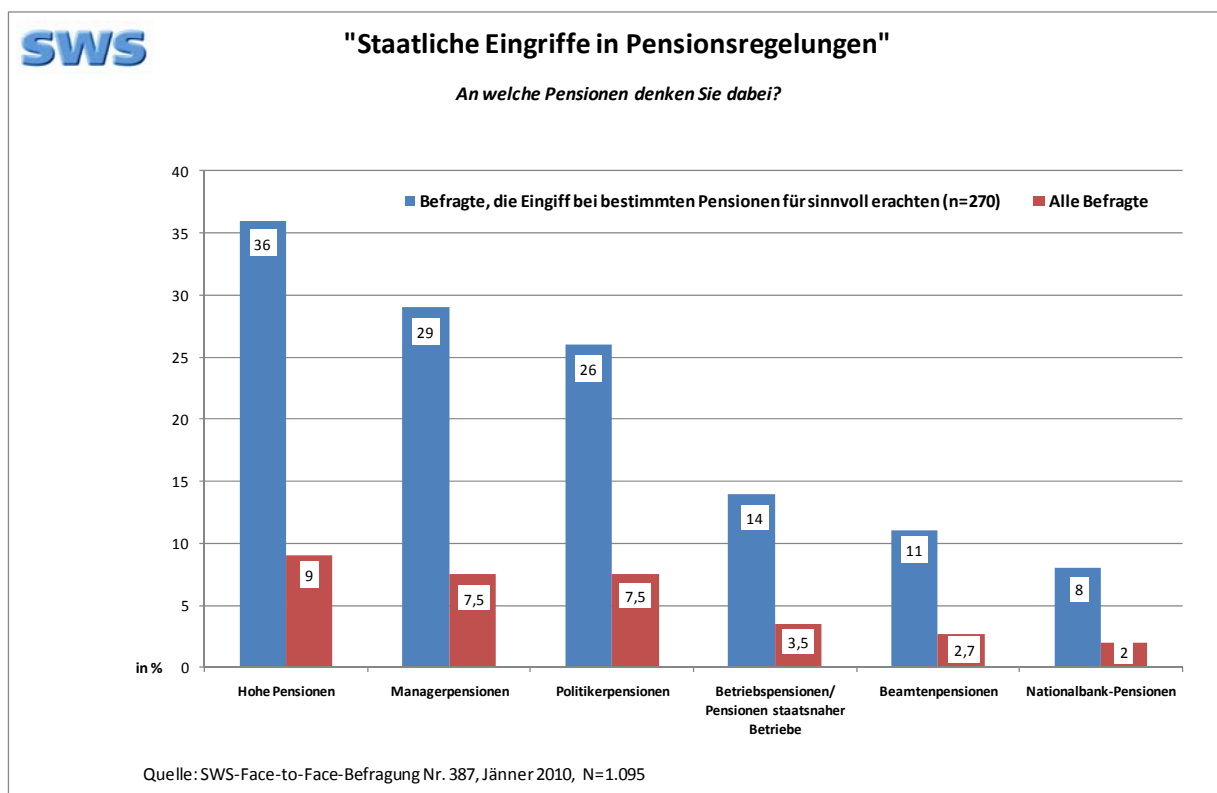


Jene Befragten, die einen Eingriff in bestehende Pensionsregelungen bei „bestimmten Pensionen“ befürworten (also 25% des Gesamtsamples; das sind 270 Personen), wurden gebeten anzugeben, an welche Pensionen sie dabei denken (offene Frage ohne Antwortvorgaben):

Am häufigsten wurde von diesen Befragten die sehr unbestimmte Kategorie „Hohe Pensionen“ angeführt (36% derjenigen, die einen Eingriff in bestehende Pensionsregelungen bei „bestimmten Pensionen“ befürworten; knapp 9% der Gesamtstichprobe), eine Ergebnis, dass deutlich macht, dass wohl vor allem die Unverhältnismäßigkeit von Pensionshöhen die Bevölkerung stört (wobei auffällt, dass Frauen bzw. Personen mit einer relativ niedrigen formalen Schulbildung dies überdurchschnittlich häufig angeben) (vgl. Grafik 6).

„Managerpensionen“ und „Politikerpensionen“ wurden von jeweils knapp 30% derjenigen, die einen Eingriff in bestehende Pensionsregelungen bei „bestimmten Pensionen“ befürworten, genannt bzw. von 7,5% der Gesamtstichprobe; „Betriebspensionen bzw. Pensionen staatsnaher Betriebe“ (z. B. ORF, ÖBB,...) von 14% (bzw. 3,5% der Gesamtstichprobe), „Beamtenpensionen“ von 11% (bzw. 2,7% der Gesamtstichprobe) und „Nationalbank-Pensionen“ von 8% (bzw. 2% der Gesamtstichprobe).

Grafik 6:



*** Privilegien: Was geht, was geht nicht?**

Grafik 7 verdeutlicht die Meinung der ÖsterreicherInnen zu Privilegien, wobei bei der Befragung bestimmte Sachverhalte, die man als Privilegien bezeichnen kann, in prägnanter Formulierung vorgegeben waren und die Befragten angeben sollten, ob sie diese Privilegien für vertretbar, bedenklich, unvertretbar oder skandalös empfinden (vgl. Grafik 7):

Mit einem „Werksküchenessen, das nur 1-2 EURO kostet“ haben die ÖsterreicherInnen die geringsten Probleme: 64% halten diesen Umstand für vertretbar.

„Rein finanzielle“ Privilegien werden ebenfalls noch eher für „vertretbar“ erachtet, wobei aber zu beachten ist, dass nicht einmal die Hälfte der Befragten dieser Ansicht ist: Jeweils 46% der ÖsterreicherInnen meinen, dass „Pensionen in der Höhe von 80% des letzten Bezugs nach 35 Dienstjahren“ sowie „Automatische Gehaltserhöhungen“ vertretbar sind.

„Subventionierte Urlaubsquartiere“ und „Unkündbare bzw. pragmatisierte Arbeitsplätze“ halten auch noch jeweils knapp 40% der ÖsterreicherInnen für vertretbar.

Geringe bzw. sehr geringe Nennungsanteile hinsichtlich vertretbarer Privilegien erreichen die Punkte „Lange Ferien“ (17%), „Frühpensionen trotz Arbeitsfähigkeit“ (9%) und „Teure Dienstautos (4%)“. Bzgl. dieser drei Privilegien sind auch die höchsten Prozentsätze an Befragten zu finden, die diese Punkte als „skandalös“ (41%, 28%, 24%) bzw. unvertretbar (34%, 35%, 30%) bezeichnen.

Quer über alle Privilegien meint jeweils etwa ein Viertel der Befragten, dass sie diese Sachverhalte für „bedenklich“ erachten.

Grafik 7:

